

Dokumentation
der

SOZIAL KONFERENZ RUHR

vom 27.11.2019,
Luise-Albertz-Halle, Oberhausen

**Integrationsregion Ruhr –
Vielfalt stärken, Zukunft gestalten**

INHALT – PROGRAMMPUNKTE

| | |
|--|-----------|
| Eröffnung | 3 |
| Daniel Schranz, Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr (RVR) | |
| Welche Rahmenbedingungen bietet der Bund für gelingende Integrationsprozesse im Ruhrgebiet? | 4 |
| Dr. Markus Kerber, Staatssekretär für Bau und Heimat im Bundesministerium des Inneren | |
| Nordrhein-Westfälische Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 – Implikationen für das Ruhrgebiet | 6 |
| Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration | |
| Integration im Ruhrgebiet im Schulterschluss von Bund, Land und Kommune | 8 |
| Dr. Markus Kerber, Serap Güler, Daniel Schranz, Karola Geiß-Netthöfel | |
| Integrationsregion Ruhr – Erfahrungen und Perspektiven | 11 |
| <i>Bildung und Sprache als Erfolgsfaktoren der Integration</i> | |
| Suat Yilmaz, Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren Dr. Susanne Farwick, Leiterin des Bereichs Integration der Stiftung Mercator | |
| <i>Fachkräfte sichern, Perspektive geben, aktive Willkommenskultur praktizieren</i> | |
| Mark Rosendahl, Geschäftsführer des DGB in der Emscher-Lippe-Region Tülay Koca, Inhaberin des Prenses Palace in Essen Wulf-Christian Ehrich, stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund | |
| Wie machen wir weiter? Was soll konkret passieren? | 14 |
| Suat Yilmaz, Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren Sören Link, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Dortmund Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr | |
| Moderation | |
| Beate Kowollik, WDR | |

Daniel Schranz, Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen

Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr (RVR)



Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr

Die zentrale Botschaft der Begrüßungsreden zur zweiten Sozialkonferenz Ruhr des Regionalverbands Ruhr in der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen war eindeutig: Das Ruhrgebiet kann Integration. Doch es bedarf, daran ließ Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel keinen Zweifel, der Unterstützung durch Land und Bund, um den aktuellen Problemen in den Kommunen begegnen zu können. Denn, so Gastgeber Daniel Schranz, Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen: „Wir wissen, dass Integration nicht nur eine Daueraufgabe bleibt, sondern auch eine Aufgabe, die von Herausforderungen gekennzeichnet ist.“

reich gemeistert haben, ist damit die Integration ja noch nicht abgeschlossen“, so Schranz. Aktuell gelte es, vieles zu bewegen, etwa den Bau von Kindergärten oder die Einrichtung internationaler Vorbereitungsklassen. Und auch wenn das Ruhrgebiet als „Prototyp in Sachen Integration“ auf jahrzehntelange Erfahrung aufbaue – „Oberhausen, aber auch viele andere Städte gibt es ja nur aufgrund von Zuwanderung –, habe man in den 1960er- und 1970er-Jahren durchaus Fehler gemacht, die sich nicht wiederholen dürfen.“

Hier Wege aufzuzeigen, Ideen zu liefern, Probleme anzusprechen, sei grundlegendes Ziel der Sozialkonferenz Ruhr, versicherte Geiß-Netthöfel und verwies auf die erfolgreiche Konferenzpremiere zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2018. Damals habe die Region einige Impulse für das Teilhabechancengesetz liefern können, die gerade erfolgreich umgesetzt werden. Auch beim Thema Integration sei es wichtig, Beteiligte aus Politik und Praxis miteinander in Gespräch zu bringen, etwa um aufzuzeigen, „was der Bund leistet und was der Bund von

Karola Geiß-Netthöfel: „MENSCHEN GUT ZU INTEGRIEREN, IST EINFACH SELBSTVERSTÄNDLICH FÜR DAS RUHRGEBIET. ABER DAFÜR BRAUCHEN WIR AUCH DIE ENTSPRECHENDE UNTERSTÜTZUNG DURCH BUND UND LAND.“

Nach 2016 sei das Thema medial gesehen längst wieder in den Hintergrund getreten. Zu Unrecht. „Denn auch, wenn wir die großen Herausforderungen der Unterbringung und Versorgung von geflohenen Menschen erfolg-

uns erwartet“. Anders gesagt: „Menschen gut zu integrieren, ist einfach selbstverständlich für das Ruhrgebiet. Aber dafür brauchen wir auch die entsprechende Unterstützung und die entsprechenden Mittel.“

WELCHE RAHMENBEDINGUNGEN BIETET DER BUND FÜR GELINGENDE INTEGRATIONSPROZESSE IM RUHRGEBIET?

**Dr. Markus Kerber, Staatssekretär
für Bau und Heimat im Bundesministerium des Inneren**

Deutlich schneller steigende Bevölkerungszahlen als angenommen, ein Integrationskurs-System, das nicht auf Zuwanderer aus Drittländern ausgerichtet ist, „lange Jahre der Defizite“ – Staatssekretär Dr. Markus Kerber machte deutlich: In Sachen Integration gibt es in Deutschland mehr als nur ein Problemfeld. Eine Herausforderung, die der Bund gezielt angehe – über eine Heimatpolitik, die sowohl integrations- wie strukturell ausgerichtet sei, und vor allem mit

Erstmalig habe man das Migrationsphänomen einigermaßen verständlich trennen können in Flucht- und Schutzmigration einerseits und Arbeitsmigration andererseits. „Beides sind valide Gründe, um in ein Land zuzuwandern, aber es hat andere Rechtsfolgen.“ Das „Große Migrationspaket“ schaffe über das Geordnete-Rückkehr-Gesetz, das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz eine Balance, die sich nun bewähren müsse. Auch,

Staatssekretär Dr. Markus Kerber:

**„ES BESTEHT DIE BEREITSCHAFT,
ÜBER KOMMUNALE ALTSCHULDEN
ZU REDEN.“**

mehr Mitteln als bislang. Das übergeordnete Ziel: „Wir müssen Zugewanderte als einen Teil von uns, als Deutsche akzeptieren.“ Erfolgreiche Integration jedoch bedürfe neben Geld nicht zuletzt vor allem auch Zeit. Weshalb Kerber bei Land und Kommunen vor allem um Zweierlei warb: Geduld und Nachsicht. Derzeit erarbeite eine Fachkommission mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Praktiker*innen aus Bundesländern und Kommunen Empfehlungen dafür, wie die Bundesregierung die Integrationsmaßnahmen weiterentwickeln soll. In die Empfehlungen, die bis Mitte 2020 vorliegen sollen, wird „direkt aus NRW hineinberichtet werden“.

weil das Thema Geduldete die Kommunen finanziell sehr belaste. Erstmalig gebe es im Bund daher eine gewisse Bereitschaft, über die kommunalen Altschulden zu reden. Ein schwieriges Thema, wie Kerber gestand, seien sich doch Länder und kommunale Spitzenverbände hier selbst nicht einig. Innerhalb eines ganz engen Bedingungsbereichs sei der Bund durchaus bereit, hier das Wesentliche zu tun. Denn: „Kranke Kommunen können wir uns in Deutschland nicht leisten.“



Dr. Markus Kerber, Staatssekretär für Bau und Heimat im Bundesministerium des Inneren

Grundsätzlich bestimmen zwei thematische Säulen die Heimatpolitik des Bundesinnenministeriums: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und dessen Förderung auf der einen, die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Rund 20.000 Integrationskurse bundesweit (davon 2.700 in NRW) werden mit insgesamt knapp 800 Mio. Euro jährlich unterstützt. „Massiv aufgestockte Mittel“, die jedoch nur einen Teil der eigentlichen Herausforderung ausmachen. Der andere bestehe darin, ein in der Regel auf Europäer*innen bezogenes Kurssystem komplett umzustellen – auf Menschen aus Drittländern, darunter vielfach Analphabet*innen ohne berufliche Qualifikation. Erfolgsquoten von knapp 60 Prozent bundesweit seien unter diesen Voraussetzungen als großer Erfolg zu werten.

Die Herausforderung bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bestehe darin, mehr aktive Strukturpolitik zu betreiben, die sich an demografischen Fakten orientiert. Zu lange hätten Bund, Länder und Kommunen unter falschen Annahmen geplant, konkret mit etwa 70 bis 75 Mio. Men-

Grundsätzlich bestimmen zwei thematische Säulen die Heimatpolitik:

... GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND DIE SCHAFFUNG GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE ...

auf der anderen Seite. Säule eins – Integrationsmaßnahmen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit einem Haushalt von über zwei Milliarden Euro zentral regelt – beruht auf drei Elementen:

1. den Integrationskursen,
2. der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, die in NRW an 348 Orten möglich ist,
3. den Projekten zur Förderung gesellschaftlicher Integration.

schen um das Jahr 2020 bis 2025. Tatsächlicher Stand Sommer 2019: 83 Mio. Menschen, Tendenz steigend, da neben Drittstaatler*innen jährlich auch etwa 4.000 bis 5.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger zuwandern. Auch hier, das machte Kerber abschließend deutlich, nimmt der Bund mehr Geld in die Hand, beispielsweise jährlich fünf Milliarden Euro für das Gute-KiTa-Gesetz, zwei Milliarden Euro statt wie bislang 335 Mio. Euro für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und einen zweistelligen Milliardenbetrag für die Bahn im Rahmen des Klimaschutzpaketes.

NORDRHEIN-WESTFÄLISCHE TEILHABE- UND INTEGRATIONSSTRATEGIE 2030 – IMPLIKATIONEN FÜR DAS RUHRGEBIET

Serap Güler, Staatssekretärin
für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Keine Vision, keine Bestandsaufnahme, sondern die „ambitionierte Fortsetzung des nordrhein-westfälischen Wegs in der Integrationspolitik“: Mit diesem Anspruch, versicherte Staatssekretärin Serap Güler, habe die Landesregierung gemeinsam mit einem interdisziplinär besetzten Beirat die NRW-Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 erarbeitet. Sei die Vergangenheit durchaus von zahlreichen Ad-hoc-Entscheidungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik geprägt gewesen, laute das zukünftige Ziel: passgenaue Integrationsmaßnahmen. Neben Sprache, Bildung und Arbeit fokussierten sich diese besonders auf die Schaffung eines klaren Wertefundamentes. Güler warb hier einerseits für das Thema Einbürgerung, stellte aber auch klar, dass „die Wertedebatte nicht nur etwas für die Leute ist, die neu zu uns kommen“. Integration sei ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Ein Auftrag bei dem das Land die Kommu-

2. die nachhaltige Integration in die Regelsysteme und
3. die Gestaltung der Migrationsgesellschaft „als vielleicht größte Herausforderung von allen“.

Ein Schwerpunkt des Konzeptes: die Stärkung der Kommunalen Integrationszentren (KI). „Wir haben mittlerweile in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten ein kommunales Integrationszentrum; eine bundesweit einzigartige Infrastruktur, deren Finanzierung mit jährlich 18,8 Mio. Euro bis 2022 gesichert ist.“ Zusätzlich wird das Modellprojekt „Einwanderung gestalten NRW“ ab 2020 ausgeweitet, das in ein flächendeckendes kommunales Integrationsmanagement münden soll. Dafür stehen ab Juli 2020 zunächst 25 Mio. Euro bereit, die bis 2022 sukzessive auf insgesamt 75 Mio. Euro erhöht werden. Die Aufgaben des Integrationsmanagements sind:

zukünftiges Ziel: PASSGENAUE INTEGRATIONSMASSNAHMEN. NEBEN SPRACHE, BILDUNG UND ARBEIT FOKUSSIERTEN SICH DIESE BESONDERS AUF DIE SCHAFFUNG EINES KLAREN WERTEFUNDAMENTES.

nen „im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit den Möglichkeiten, die uns der Bund zur Verfügung gestellt hat, unterstützt“ – etwa durch die 1:1-Weitergabe von 432,8 Mio. Euro aus der Integrationspauschale des Bundes. Weitere Maßnahmen werden im Rahmen der neuen Strategie künftig in drei Zieldimensionen differenziert:

1. die Erstintegration von Neuzugewanderten aus Drittstaaten und Europa,

1. die Implementierung einer strategischen Steuerungsebene,
2. die Förderung eines rechtskreisübergreifenden individuellen Casemanagements sowie
3. die Verstetigung der Integration von Eingewanderten mit besonderen Integrationsleistungen.



Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Einen weiteren Fokus legt die Strategie auf Qualifizierungsmaßnahmen für junge Geflüchtete. Güler nannte hier beispielhaft die Initiative „Gemeinsam klappt’s“ (13,2 Mio. Euro bis 2022), einen Baustein des Landesprogramms „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, das bei einem Gesamtvolumen von

die heute keine Bleibeperspektive haben, werden wir zurückführen können. Und dann müssen wir tatsächlich irgendwann einmal Tabula rasa machen.“ Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte die Öffnung der Integrationskurse für weitere Gruppen sein.

Staatssekretärin Serap Güler: **„EIN RUHRGEBIET, DAS ZUM MOTOR FÜR INNOVATION UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG WIRD, IST GUT FÜR NRW UND DEUTSCHLAND.“**

50 Mio. Euro bereits in 80 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang appellierte die Staatssekretärin an den Bund, die Länder stärker darin zu unterstützen, „jenen, die sich von Anfang an um Integration bemüht und Arbeit gefunden haben, eine faire Chance zu geben und ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht nach klaren Kriterien zu ermöglichen. Sie wissen genauso gut wie ich: Nicht all diejenigen,

Bei der Schaffung von Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten spiele mit Blick auf das Ruhrgebiet die 2018 initiierte Ruhrkonferenz eine zentrale Rolle, die unter dem Leitmotiv „Chancenregion Ruhr“ in fünf Handlungsfeldern und 74 Projekten wichtige Impulse setze. Denn, so Güler: „Ein Ruhrgebiet, das zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg wird, ist gut für ganz NRW und am Ende für ganz Deutschland.“

INTEGRATION IM RUHRGEBIET IM SCHULTERSCHLUSS VON BUND, LAND UND KOMMUNE

Dr. Markus Kerber, Serap Güler, Daniel Schranz, Karola Geiß-Netthöfel

Geduldete, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zuwanderung aus Südosteuropa, kommunale Altschulden, Migrationskontrolle: Die Podiumsdiskussion im Anschluss an die Impulsvorträge von Dr. Markus Kerber und Serap Güler wurde vor allem von komplexen Kernthemen der Integrations- und Migrationsdebatte bestimmt. Zweierlei wurde dabei relativ

Kerber betonte, die Prozesse ließen sich nicht ohne weiteres beschleunigen, wolle man nicht willkürlich entscheiden. „Jeder Zuwanderer hat ein Grundrecht auf den Rechtsweg, und verwaltungsrechtliche Wege dauern nun einmal so lange, wie sie dauern.“ Dennoch: Bund und Land, forderte Regionaldirektorin Geiß-Netthöfel, dürften die Kommunen mit

Einvernehmen: **ALS EINE ART HOTSPOT SPIEGELT DAS RUHRGEBIET DIE SITUATION IM LAND WIDER.**

schnell deutlich: Das bislang Erreichte muss Anerkennung finden – auf allen politischen Ebenen ebenso wie in der Bevölkerung. Nicht zuletzt, betonte Güler, „weil in diesem Land noch nie für das Thema Integration so viel Geld veranschlagt wurde wie jetzt, nämlich 110 Mio. Euro für 2020“. Zugleich bedürfe es noch umfassenderer und, ginge es nach den Kommunen, deutlich schnellerer Lösungen als bislang. Dass Kerber und Güler für Januar 2020 eine gemeinsame Rundreise durch die Metropole Ruhr ankündigten, deutete Moderatorin Beate Kowolik als bewussten Schulterschluss zwischen Bund, Land und Kommunen. Ziel der Reise sei es, so Kerber, „vor Ort herauszufinden, was an der Umsetzung der Gesetze des Bundes funktioniert, und wo es vielleicht hakt“. Denn darüber bestand Einvernehmen: Als eine Art Hotspot spiegelt das Ruhrgebiet die Situation und die Möglichkeiten im Land wider.

dem Problem nicht allein lassen: „58.000 Geduldete in NRW und davon ganz viele hier bei uns im Ruhrgebiet, das können wir nicht alleine stemmen.“ Die Tilgung der Altschulden sei sehr wichtig, könne aber nur ein erster Schritt sein: „Was nützt es, wenn sich die Schulden am nächsten Tag durch hohe Soziallasten und die hohen Kosten für die Menschen, die wir hier versorgen müssen, wieder neu aufbauen?“ Auch die Erhöhung der FlüAG-Pauschale (Flüchtlingsaufnahmegesetz), so Oberbürgermeister Schranz, sei in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, auch wenn auf kommunaler Ebene kein Einvernehmen darüber herrsche, wie sich eine „richtige differenzierte Pauschale“ gestalten müsse: „Wir könnten jetzt lang und breit darüber reden, wie viel höher der Bedarf in den größeren Städten als im kreisangehörigen Raum ist. Doch dass es überall den Bedarf gibt, ist klar – und das nicht erst seit gestern.“



IM GESPRÄCH

Dr. Markus Kerber,
Moderatorin Beate
Kowollik,
Serap Güler,
Daniel Schranz und
Karola Geiß-Netthöfel

Hier sei, das kündigte Serap Güler an, eine Lösung in Sicht, „mit der alle Seiten werden leben können“. Das Land stehe im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden, sowohl hinsichtlich der viel diskutierten Erhöhung bzw. Differenzierung der FlüAG-Pauschale, als auch beim Thema Geduldete, dem Thema, das kommunal „wirklich zu Buche schlägt“. Zugleich gab die Staatssekretärin den Ball unmittelbar an den Bund weiter: „Von den 58.000 Geduldeten in NRW sind 7.000 Menschen acht Jahre oder mehr in einem Duldungsverhältnis. Das können zehn oder 15 Jahre sein, in Essen haben wir auch Fälle von 30 Jahren. Hier muss man irgendwann Tabula rasa machen, den Menschen eine faire Chance geben und sie selbstständig für sich sorgen lassen.“ Bislang jedoch fehlen für eine

Drittstaaten von unter 100.000 Menschen pro Jahr, das scheint mir managebar zu sein. Aber lassen Sie aus der EU mal 500.000 bis 600.000 Zuwanderer jährlich kommen. Das können wir weder steuern, noch planen, noch begrenzen, weil es in der EU keine Begrenzung der Migration gibt.“

Mehr noch: „Wenn die Perspektivlosigkeit im Ländergürtel zwischen Marokko und dem Iran anhält, haben wir zukünftig ganz andere Migrations- und Integrationsprobleme. Die kann ich dann auch mit noch so vielen Sozialkonferenzen nicht mehr lösen.“ Festzulegen, wer erwünscht sei und wer nicht, die komplette Kontrolle über die Migration zu haben, wie es bestimmte politische Strömungen im Land befürworteten, sei der falsche Weg. Dennoch

Staatssekretärin Serap Güler:

„DAS THEMA GEDULDETE SCHLÄGT KOMMUNAL WIRKLICH ZU BUCHE!“

solche Stichtagslösung die parlamentarischen Mehrheiten, sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene. Kerber: „Wenn wir Gnade vor Recht walten lassen, was ja eine Stichtagsregelung wäre, wie läuft es dann in Zukunft? Werden wir dann mehr Ordnung und Rechtsstaatlichkeit im Zuwanderungsbereich bekommen?“ Mit der jetzigen Situation der EU-Außengrenze sei das nicht zuzusichern: „Wir haben Zugangszahlen aus

müsse man der Bevölkerung verdeutlichen, „dass wir Zuwanderung in ihren Folgen unter Kontrolle haben. Denn wenn dem Staat unterstellt wird, er habe Kontrollverlust, bröckelt das Vertrauen der Bürger. Das können wir uns nicht erlauben“. Und dann unterscheide die Bevölkerung auch nicht länger zwischen Bund, Land und Kommunen, „dann heißt es, der Staat macht nichts für uns“.

Aus dem Publikum merkte Dortmunds Sozialdezernentin Birgit Zoerner an, es sei vor allem die kaum überschaubare Zahl an Themen, die Flut an unterschiedlichen Vorgaben und Gesetzen, die letztlich in der Bevölkerung für „Frust“ Sorge. Neben neu zuwandernden Flüchtlingen gehe es auch um Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien – und damit um Menschen, die streng genommen keinerlei Voraussetzungen mitbringen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und trotzdem bleiben.

fehle, sei eine „klare Entscheidung zu Geldern“. Statt unterschiedliche Positionen der kommunalen Spitzenverbände für Verzögerungen verantwortlich zu machen, müssten Land und Bund endlich Entscheidungen treffen; „man wird in diesen Fragen immer jemandem weh tun.“ Alles andere „lassen uns die Bürger nicht mehr durchgehen“. Das Thema Migration/Integration sei mit Blick auf den anstehenden Kommunalwahlkampf bereits jetzt ein ganz heißes Eisen.

Luidger Wolterhoff:

„LAND UND BUND MÜSSEN ENDLICH ENTSCHEIDUNGEN ZU GELDERN TREFFEN.“

„Das ist ein Riesenthema“. Zugleich werde es immer schwieriger, Entscheidungen des Bundes vor Ort zu vertreten: „Wenn aufgrund der Gesetzeslage geduldete Menschen, die bereits in Ausbildung oder Arbeit sind, also Menschen, die sich selbst finanzieren, aus ihrem Job wieder raus müssen, stattdessen von der Kommune komplett finanziert werden und dieses Land trotzdem nicht verlassen, dann kann ich das schlicht niemandem mehr erklären.“ Längst, so ergänzte Dieter Hillebrand vom DGB, sei die Lage in vielen Ruhrgebietsstädten viel explosiver „als wir das gerne offen diskutieren“.

Auch Gelsenkirchens Sozialdezernent Luidger Wolterhoff mahnte zügige Entscheidungen an: „Das was hier in Bezug auf die Finanzen gesagt wird, hören wir schon seit vielen Monaten mit den gleichen Argumenten; wir diskutieren immer wieder das Gleiche.“ Die Kommunen seien durchaus bereit, Integrationsleistungen zu erbringen – „das ist für uns überhaupt keine Frage, da gibt es bereits gute Projekte“. Was nach wie vor

Einwände, für die Staatssekretär Kerber Verständnis zeigte. Es sei grundsätzlich wichtig, Programme richtig zu vermitteln, der Öffentlichkeit aufzuzeigen, dass etwas geschieht, und – „das nehme ich von dieser Sozialkonferenz mit“ – Probleme nicht schönzureden, sondern sie „jeder in seiner Verantwortlichkeit“ zu lösen. Dies aber brauche Zeit: „Wir haben 30 Jahre lang nichts gemacht, da wird es auch mindestens zehn Jahre dauern, bis die Gegenbewegung kommt.“ Gerade deshalb, ergänzte Staatssekretärin Güler, sei ein Schulterschluss zwischen Bund, Land und Kommunen unerlässlich.

INTEGRATIONSREGION RUHR – ERFAHRUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Bildung und Sprache als Erfolgsfaktoren der Integration

Suat Yilmaz, Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren

Dr. Susanne Farwick, Leiterin des Bereichs Integration der Stiftung Mercator

Fachkräfte sichern, Perspektive geben, aktive Willkommensstruktur praktizieren

Mark Rosendahl, Geschäftsführer des DGB in der Emscher-Lippe-Region

Tülay Koca, Inhaberin des Prenses Palace in Essen

Wulf-Christian Ehrich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund



ERFAHRUNGSAUSTAUSCH | Dr. Susanne Farwick, Leiterin Bereich Integration der Stiftung Mercator; Moderatorin Beate Kowollik und Suat Yilmaz, Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren

Und ja: „Es passiert viel, es gibt zahlreiche sehr gute Projekte in Schulen und mittlerweile auch eine gewisse Routine“, versicherte Dr. Susanne Farwick, Leiterin des Bereichs Integration der Stiftung Mercator. „Doch das reicht nicht, um das Problem grundsätzlich und strukturell in den Griff zu kriegen.“ Es fehle, resümierte auch Suat Yilmaz, Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren, an ausreichender Wirkung in der Fläche. „Die Programme sind gut, die Ergebnisse greifen jedoch längst nicht allerorts.“

Suat Yilmaz:

**„DIE PROGRAMME SIND GUT,
DIE ERGEBNISSE GREIFEN JEDOCH
LÄNGST NICHT ALLERORTS.“**

Der zweite Teil der Sozialkonferenz Ruhr begann mit einem Blick auf die Praxis in der Integrationsregion Ruhr. Wie sieht sie aus? Welche Rolle spielen Bildung und Sprache? Welche Herausforderungen ergeben sich für Unternehmen? Und welche Vorteile?

Die Podiumsteilnehmenden waren sich einig: Sprache und Bildung sind wesentlich, wenn es darum geht, Menschen zu integrieren und sie in Ausbildung und Arbeit zu bekommen.

Akute Kinderarmut, mangelnde Bildungsgerechtigkeit und nicht zuletzt mögliche zukünftige Zuwanderungszahlen etwa mit Blick auf die Situation in den Maghrebstaaten: Yilmaz' Bestandsaufnahme fiel deutlich pessimistischer aus als jene der Politik zuvor. „Wenn wir das jetzt nicht ans Laufen bekommen, haben wir in zehn, fünfzehn Jahren Probleme in Dimensionen, die wir uns jetzt gar nicht vorstellen können.“ Sein Fazit: „Es fehlt die Struktur, es fehlt Personal, es fehlt Geld“.

Und – das wurde später auch noch einmal aus dem Publikum angemerkt – es herrscht Zeitdruck: „Kinder und Jugendliche“, so die Wortmeldung, „müssen heute integriert werden und nicht erst morgen oder übermorgen; sie können nicht abwarten, bis sich bestimmte Programme etabliert haben und umgesetzt werden können“. Die Maßnahmen müssten deshalb, so Yilmaz, deutlich früher ansetzen, etwa im Rahmen eines bundesweiten Schülerstipendien-Programms: „Wir pumpen eine Viertelmilliarde ins Ende der Pipeline. Aber vorher, da, wo man etwas verändern kann, in der siebten, achten Klasse, da passiert nichts.“

Chancen, die nicht nur mit einer grundsätzlichen Haltungsänderung, mit Wertschätzung anderer Ressourcen einhergehen müssen, sondern auch mit einer Anpassung und Neuausrichtung etwa der Verwaltungsstrukturen. Yilmaz: „Wir sprechen immer von einem Sozialindex. Wie wäre es mal mit einem Chancenindex? Warum gibt es an beinahe jeder Schule zwar einen Sozialarbeiter, aber keinen Talentscout?“ Hier würden enorme Chancen vertan.

Chancen, die gelingende Integration auch Wirtschaft und Unternehmen biete – wenn alle Beteiligten bereit seien, über den Teller-

Susanne Farwick: **„GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE LIESSEN SICH NUR ÜBER EINE BEDARFSORIENTIERTERE FINANZIERUNG DER REGELSYSTEME ERREICHEN.“**

Früher ansetzen und Talente fördern, lautete die eine Forderung. Langfristiger planen und Modellprojekte in feste Programme umwandeln, die andere. Denn, so Farwick, mit „Leuchttürmen, die dann wieder in sich zusammenfielen“, sei es nicht getan. Eine gleichberechtigte Teilhabe aller und damit gleichwertige Lebensverhältnisse ließen sich nur über eine bedarfsorientiertere Finanzierung der Regelsysteme und eine andere Verteilungsgerechtigkeit erreichen. Zugleich gelte es, Sprachbarrieren abzubauen, etwa über eine fächerübergreifende Sprachsensibilisierung, und neue Akteur*innen zu mobilisieren – Farwick verwies auf ein Modellprojekt mit geflüchteten Lehrenden, Yilmaz auf die zu stärkende Rolle der Frauen in den Familien – und damit neue Vorbilder zu schaffen.

rand zu schauen, wie Wulf-Christian Ehrich, stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund, anmerkte. Mehrsprachigkeit, international besetzte Teams verbunden mit interkultureller Sensibilität im eigenen Unternehmen schaffen durchaus Vorteile auf dem Markt. „Mit Blick auf den Fachkräftemangel muss man sich mit Integration auseinandersetzen, ob man will oder nicht. Allein in NRW fehlen 2019 rund 11.000 Fachkräfte.“ Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz böte da ab 2020 zwar endlich wichtige Rahmenbedingungen, beispielsweise im Hinblick auf die mögliche Ausbildung von Geflüchteten. Ein grundsätzlicher Mentalitätswechsel in Unternehmen und Gesellschaft lasse sich jedoch auch über Gesetze nicht erzwingen.

ERFAHRUNGS- AUSTAUSCH II

Mark Rosendahl,
Tülay Koca,
Beate Kowollik,
Wulf-Christian Ehrich



Denn die Realität im Geschäftsleben – sie sieht vielfach noch deutlich anders aus, wie die Essener Unternehmerin Tülay Koca eindringlich vermitteln konnte: „Als Migrant*in wird man schlicht nicht anerkannt. Man traut uns nicht zu, dass wir in der Selbstständigkeit

Ausbildung, Initiativen wie die „Allianz für Weltoffenheit“ oder der „Interkulturelle Wirtschaftspreis“ des mit der IHK zu Dortmund kooperierenden Multikulturellen Forums tragen das Thema breiter in die Gesellschaft.

Kenan Küçük:

**„DIE KOMMUNEN MÜSSEN IHRE
VORGEHENSWEISE AUF DEN KOPF STELLEN
UND NEUE WEGE FINDEN.
DENN INTEGRATION FINDET
NUN EINMAL VOR ORT STATT.“**

erfolgreich sein können.“ Kein neues Problem, sondern ein altes, längst nicht aufgearbeitetes, versicherte auch Mark Rosendahl, Geschäftsführer des DGB in der Emscher-Lippe-Region: „Hier hat sich zwar schon einiges getan, doch es wird wohl noch Jahrzehnte dauern, bis wir wirklich weiter sind.“ Aktuell ist die Lage deutlich anders als gewünscht: Suat Yilmaz merkte an, 60 Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe in Deutschland hätten laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2014 bereits seit fünf Jahren keinen Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehr eingestellt. Sprachförderung und Alphabetisierungskurse seien laut Rosendahl deshalb ebenso unerlässlich wie Praktikumsplätze für Geflüchtete. Gezielte Werbung der Kammern für das Thema Migration und Duale

Und genau dort, meldete sich Kenan Küçük, Geschäftsführer des Multikulturellen Forums, zu Wort, müsse das Thema Migration auch endlich ankommen: „Wir müssen gesamtgesellschaftlich handeln. Ich kann es nach 60 Jahren wirklich nicht mehr hören, dass die Kommunen die Probleme aufs Land schieben, das Land auf den Bund, der Bund auf Europa.“ Sein Appell an die Kommunen: „Meinetwegen können Sie das Geld vom Land, vom Bund und von Europa nehmen. Aber tatsächlich müssen die Kommunen ihre Vorgehensweise auf den Kopf stellen und neue Wege finden. Denn Integration findet nun einmal vor Ort statt.“

WIE MACHEN WIR WEITER? WAS SOLL KONKRET PASSIEREN?

Suat Yilmaz, Leiter der Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren
Sören Link, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg
Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Dortmund
Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr

Wie kann er gelingen, der Schulterschluss von Bund, Land und Kommunen in Sachen Integration? Was fehlt? Was muss sich ändern? Welche Ansätze sollten weiterverfolgt werden? Diese Fragen bestimmten die Abschlussrunde der Sozialkonferenz Ruhr, die neben Karola Geiß-Netthöfel und Suat Yilmaz bewusst noch einmal kommunale Vertreterinnen und Vertreter aufs Podium holte.

Der neben der Bereitstellung ausreichender Mittel drängendste Wunsch der Kommunen an Bund und Land: Probleme ehrlich zu benennen – und gemeinsam an Lösungen

und Schulleiter, wie viele Polizeipräsidenten oder -präsidentinnen mit Zuwanderungsgeschichte haben wir denn? Die jungen Leute sehen ganz genau, wer nach oben kommt und wer nicht.“ Link fand noch deutlichere Worte: „Wir müssen uns da ehrlich machen: Wir sind keine Einwanderungsgesellschaft. Wir behaupten das gerne, aber in der Praxis gilt das weder für Unternehmen noch für den öffentlichen Dienst.“ Aufrichtigkeit sei für die gesamte Debatte unerlässlich: „Man muss über Probleme ehrlich reden können, sonst machen es die Bürger woanders und nicht mehr mit uns.“

Sören Link:

„ES GILT, PROZESSE ZU BESCHLEUNIGEN UND RESSOURCEN ZIELGERICHTETER EINZUSETZEN.“

zu arbeiten. Sören Link konstatierte, es sei eine Haltungsänderung vonnöten, die bereits mit der Sprache beginne: „Jemand, der in Duisburg geboren ist, ist Duisburger und im Zweifel ist er Deutscher. Er ist kein Migrant. Mit diesem Label tun wir weder der Person noch der Gesellschaft einen Gefallen.“ Dem stimmte Suat Yilmaz zu: Wertschätzung, nicht zuletzt auch enormer vielfältiger Talente, müsse prinzipiell unabhängig von Herkunft und Familie erfolgen – und in gewissem Maße auch kontrollierbar sein. „Wenn wir sagen, wir sind, etwa als Verwaltung, interkulturell geöffnet, woran messen wir das genau? Wie viele Lehrkräfte, Schulleiterinnen

Dennoch habe man, versicherte Zoerner, beim Thema Integration in den vergangenen Jahren viel erreicht. Doch Umfang und Art der Einwanderung stellten die Kommunen mittlerweile vor immense Probleme – finanzielle wie personelle. Stichwort: Migration aus Südosteuropa. Stichwort: Geduldete. Link konstatierte, es sei zwar erfreulich, dass der Bund letzteres nun endlich angehen wolle, „aber dieses Thema ist auch nicht erst gestern entstanden“. Es gelte, Prozesse zu beschleunigen und die ohnehin knappen Ressourcen künftig zielgerichteter einzusetzen. Um die Kommunen zu entlasten, aber auch, um den zuwandernden Menschen selbst gerecht

zu werden, die, so Zoerner, „ansonsten einfach durchs Raster fallen“. Bislang fehle es an einer Verantwortungsgemeinschaft, an einem gemeinsamen Verständnis für das, was man erreichen will – über alle Ebenen hinweg. „Was wir bei Land und Bund stattdessen erleben, ist in der Regel das krasse Gegenteil, bis hin zur Realitätsverweigerung.“

Ein Grund, so Geiß-Netthöfel, warum die Sozialkonferenz Ruhr alle Beteiligten an einen Tisch geholt habe: „Wir hier wissen, wie man Integration praktiziert. Woran man aber, glaube ich, noch arbeiten kann, ist die Vernetzung zwischen Bund und Land.“ Jeder einzelne Konferenzteilnehmende müsse nun seine Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in die Pflicht nehmen, auf diese Weise

Birgit Zoerner: **„UMFANG UND ART DER EINWANDERUNG STELLTEN DIE KOMMUNEN VOR IMMENSE PROBLEME.“**

ABSCHLUSSDISKUSSION

Karola Geiß-Netthöfel, Beate Kowollik, Birgit Zoerner, Suat Yilmaz



sei man auch bei den Altschulden ein Stück weitergekommen. Zugleich sei es für die Debatte essenziell, nicht nur von Problemen zu sprechen, sondern auch das Erreichte in den Fokus zu stellen.

Wie also geht es weiter? Birgit Zoerner: „So wie Politik immer funktioniert: Man muss Druck machen, man muss Verbündete suchen, man muss den Leuten gehörig auf den Senkel gehen.“ Und das mit allem, was man an Möglichkeiten habe – bis hin zu einer Bund-Länder-Kommission. „Man muss für seine Interessen kämpfen, so ist das im Leben.“

Herausgeber:

Regionalverband Ruhr
Die Regionaldirektorin
Kronprinzenstraße 35
D-45128 Essen

T: +49 (0)201 2069 - 0
F: +49 (0)201 2069 - 500
www.rvr.ruhr

Redaktion:

Regina Schenberg
schenberg@rvr.ruhr

Text:

Tanja Weimer,
Schacht 11

Foto:

Ravi Sejk/RVR

Essen, Februar 2020